



Arme Kinder, armes Land

Strategien gegen vererbte Chancenlosigkeit

*Vortrag von Ernst-Ulrich Huster, Evangelische Fachhochschule RWL Bochum
gehalten am 7. Mai 2008 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in unserer Mediengesellschaft sind es immer wieder extraordinäre Einzelereignisse oder Daten, die kurzfristig die Sensibilität für gewisse Themen bzw. Tatbestände sozialer Ausgrenzung wecken, ohne dass diese allerdings nachhaltig die Politik verändern würden. Da kommt ein Kleinkind zu Tode, weil die Eltern ganz offensichtlich überfordert waren mit der Erziehung und Fürsorge; soziale Einrichtungen wie die Gesamtfamilie, Nachbarschaft und öffentliche Einrichtungen müssen gestehen, auch sie haben die Zusammenhänge in seiner Tragweite nicht richtig eingeschätzt. Daneben rütteln Meldungen auf, Kinder kämen verstärkt in die Schule, ohne gefrühstückt zu haben. Die Teilnahme an Klassenausflügen und Klassenfahrten sei heute mehr als früher aus finanziellen Gründen in Frage gestellt. Ca. zehn Prozent der schulpflichtigen Kinder kommen derzeit nicht ihrer Schulpflicht nach. Nach Versuchen mit polizeilichen Maßnahmen dagegen vorzugehen, sollen nun sozialpädagogische Projekte und Eingliederungsmaßnahmen Abhilfe schaffen. Nicht nur in Berlin gibt es sie, die Straßenkinder mit z.T. nur noch sporadischem Kontakt zur meist zerrütteten Herkunftsfamilie, sich fern ab der gesellschaftlichen Werten und Normen in prekären Subkulturen einrichtend. Kommt dann noch Gewalt hinzu, kennt der hessische Ministerpräsident Koch sogleich die Mittel zur Abhilfe. Nicht Kuschelpädagogik, sondern Jugendknast, und das gleich 15 Jahre lang!

Johan Galtung sprach von struktureller Gewalt, die von einer Gesellschaft ausgehen könne, dort nämlich, wo soziale Rahmenbedingungen gelingendes Leben behindern, verhindern und Menschen zwingen, von ihren Lebensplänen abzugehen. Dabei wissen wir seit Jahren aus der Arbeitslosen- und Armutsforschung: Länger anhaltende Armut und Arbeitslosigkeit wird als krisenhafter Einschnitt begriffen – Ali Wacker sprach vom „Schock zum Fatalismus“. Der Psychiatrieprofessor Erich Wulff aus Hannover hat schon vor Jahren hier auf einem Symposium in Berlin Arbeitslosigkeit in seiner Wirkung mit schweren Objekterfahrungen des Einzelnen verglichen, wie sie beispielsweise in politischen Gefangenenlagern erfahrbar seien. Zenke und Ludwig schließlich haben schon vor Jahren unterstrichen, Kinder erfahren Arbeitslosigkeit ihrer Eltern als genauso dramatisch wie die Eltern selbst.

Doch dessen ungeachtet stritt bzw. streiten gesellschaftliche Kräfte und Teile der Politik, ob wir denn überhaupt Kinderarmut hätten. Die Peinlichkeit im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des 10. Kinder- und Jugendberichts von 1998 ist heute leider schon vergessen. Damals wollte das CDU geführte Familienministerium verhindern, dass die Zahlen zur Kinderarmut vor dem Bundestagswahltermin veröffentlicht werden. Rot-Grün ging

dann zügig heran und erstellte zwei Reichtums- und Armutsberichte, den ersten sehr gerne, bezogen sich doch die Zahlen auf die Ära Kohl. Beim zweiten stiegen zwar bereits die Armutsquoten, aber auf dem Höhepunkt der Hartz-Gesetzgebung im Jahr 2005 sah man dieses eher als vorübergehendes Ereignis an. Die Warnungen, Hartz IV schaffe zunächst und vor allem mehr Armut, wurden zurückgewiesen. Nun warten wir gespannt auf den 3. Armuts- und Reichtumsbericht. DER SPIEGEL kam offensichtlich schon mal an Zahlen heran: Jede 4. Familie in Deutschland lebt demnach in Armut, von der Gesamtpopulation sind es 18,3 Prozent. DER SPIEGEL ist ansonsten ganz gut informiert – die Zahlen zur Kinderarmut aber hatte er noch nicht – wir können sehr gespannt sein! Die Bundesregierung hat nicht mehr viel Zeit mit der Veröffentlichung der Zahlen des Sozioökonomischen Panels. Denn Anfang August kommt der neue Datenreport 2008 des Statistischen Bundesamtes heraus – er hat die entsprechenden Zahlen des SOEP. Die Beiträge dafür dürften längst geschrieben sein. Stellen wir uns mal darauf ein: Kinderarmut in Deutschland ist ein Massenphänomen geworden. Dieses zeigte sich schon an den Sozialhilfequoten, an den Zahlen der Leistungsempfängerinnen und –empfängern von Sozialgeld etc. Kinder sind von den Altersjahrgängen her betrachtet die Gruppe mit den höchsten Armutsquoten. Insgesamt kann man derzeit von mindestens 2 Millionen armen Kindern ausgehen.

Politik schafft Armut

Ich stehe hier nicht als ein struktureller Kritiker der Arbeitsmarktreforemen von Rot-Grün. Das Konzept, Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammenzuführen, Geld- und Beratungsleistungen enger zu verzahnen und Formen des Case Managements einzuführen, finde ich nach wie vor richtig wie die Tatsache, dass nunmehr stärker eine Finalorientierung in die Arbeitsmarktpolitik kommen sollte. Das „Fordern und Fördern“ ist weder neu noch originell, die Ein-Euro-Jobs sind teilweise besser als ihr Ruf, auch wenn die Praxis deutlich verbessert werden könnte. Entscheidend aber ist: Hartz IV war und ist Arbeitsmarkt-, nicht aber Beschäftigungspolitik. Außer für Juristen und Sachbearbeiter bei den Arbeitsgemeinschaften hat es keine neue Beschäftigung schaffen können.

Die nunmehr erste handfeste Evaluation von Hartz IV zeigt, von den ehemaligen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe-BezieherInnen hatten von 2004 bis 2005 51 Prozent der Haushalte Einkommensverluste hinzunehmen, 15 Prozent konnte ihr Einkommen stabilisieren, 34 Prozent dagegen verzeichneten Gewinne. Das Entscheidende ist: Die Verlierer in diesem Prozess mussten im Schnitt mit 31 Prozent weniger auskommen, dass waren im arithmetischen Mittel 3.200 Euro, betrachtet man den Median, dann waren es 2.700 Euro. Auf der anderen Seite konnten die Gewinner ein Plus von durchschnittlich 40 Prozent verzeichnen, im arithmetischen Mittel 2.600 Euro. Verlierer waren vor allem Single-Haushalte, Paar-Haushalte ohne Kinder und Paar-Haushalte mit minderjährigen Kindern. Betrachtet man alleine die Transfereinkommen, dann profitieren mehr Ein-Eltern-Haushalte von dieser Entwicklung, nämlich 54 Prozent, 39 Prozent aber mussten auch hier Verluste hinnehmen.

Hartz IV wollte durch Absenkung der Geldleistungen die Leistungsanreize steigern, Arbeit auch zu schlechteren Konditionen aufzunehmen. Immer wieder publizierte Daten aus der Arbeitsverwaltung zeigen jedoch, dass der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Kurzzeitarbeitslosen, damit Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosengeld I betrifft, nicht

dagegen die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Dass sich dann die Armutsquoten in der Gesellschaft erhöhen, kann eigentlich niemanden überraschen.

Zur Politik kommt dann die Wirtschaft, die die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit genutzt hat, den Beschäftigungsmarkt kräftig umzubauen. Die Forderung nach Aufbau eines Niedriglohnbereichs ist absurd: Ca. 5 Mio. Personen sind von ihm bereits erfasst. Auch die Gruppe der Working poor ist keineswegs gering, unter den Vollzeitbeschäftigten arbeiten 610.000 zu einem Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro, nimmt man 8,00 Euro Stundenlohn, so sind es schon 820.000. Und schließlich sind die Reallöhne in den letzten Jahren gesunken: Jeder Einkommensbezieher verfügte im Schnitt im Jahre 2007 über ca. 62 Euro weniger als im Monat als im Jahr 1991.

Zurück zur Politik. Bei Einführung von Arbeitslosengeld II hat die Politik – Rot-Grün und über den Vermittlungsausschuss CDU/CSU und FDP – einen für das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe gemeinsamen Eckregelsatz von damals 345 Euro im Monat für Westdeutschland festgelegt. In Ostdeutschland lag er zunächst niedriger, inzwischen ist dieser Satz aber deutschlandweit auf 347 Euro angehoben worden. Ich will jetzt nicht die Diskussion aufgreifen, ob dieser Satz generell zu niedrig ist, wie etwa der Paritätische Wohlfahrtsverband m.E. zu Recht erklärt. Mir geht es um die Kinder, die Sozialgeld beziehen. Das SGB II legt das Sozialgeld für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr auf 60 Prozent und für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr auf 80 Prozent des Eckregelsatzes fest. Dieses bedeutet für Kinder unter 15 Jahren einen Geldbetrag in Höhe von 209 €, damit einen täglichen Geldbetrag in Höhe von 2,38 € für Ernährung und Getränke. Dies bedeutet je nach Gewichtung der einzelnen Mahlzeiten für ein Mittagessen zwischen 1,31 und 1,05 €. Die realen Beiträge nun für ein Mittagessen in einer Ganztageseinrichtung, also etwa einer Kindertagesstätte oder in einem Kinderhort, liegen zwischen 1,80 und 3,20 €. Im SGB II ist die Teilnahme an einem zubereiteten Mittagessen offensichtlich nicht vorgesehen! Wenn der Besuch einer vorschulischen Tagesstätte für Kinder schon an den Essenskosten scheitert, um wie viel mehr sind diese Kinder in anderen Bereichen kindlichen Lebens abgehängt: bei Kontakten zu Freunden, Mitgliedschaften in Vereinen, Arbeitsmaterialien im Kindergarten und in der Schule etc.. Wohlhabendere Haushalte hingegen können Nachhilfestunden, Musikunterricht, Aufenthalte im Ausland, Freizeitaktivitäten finanzieren. Kinder von Hartz IV haben oftmals Schwierigkeiten, am Ausflug im Kindergarten oder der Schule teilzunehmen. Jede Kommune kann das selbst entscheiden!

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein ...

Dabei schlagen sich prekäre Lebenslagen keineswegs bloß auf den Sektoren Ernährung, Wohnen und Freizeit nieder, sondern finden ihren Niederschlag in den zentralen Bereichen Gesundheit und Bildung. Wir wissen hinlänglich, dass werdende Mütter aus niedrigeren sozialen Schichten Schwangerschafts-Vorsorge-Untersuchungen geringer wahrnehmen als werdende Mütter aus den mittleren oder höheren Schichten. Dieses setzt sich in einer geringeren Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen für Babys und Kleinkinder sowie beim Impfstatus fort. Kinder aus sozial schwächeren Schichten treiben deutlich weniger Sport, haben fast durchgängig einen schlechteren gesundheitlichen Status etwa auch bei den Zähnen als ihre Mittelschichten-Kumpel. Auch die Schwere von Unfällen ist bei ihnen

deutlich größer, geschuldet dem Wohnumfeld und einer geringeren Aufsicht. Nur in einem Punkt geht es ihnen besser, nämlich bei Allergien scheint ihre Art des Großwerdens deutlich gesünder zu sein als die aseptische von Mittelschichtenkindern.

Und dann der Bildungsbereich: Deutschland ist, das zeigen nicht nur die PISA-Studien, Weltmeister der sozialen Selektion. Die AWO/ISS-Kinderarmutsstudie bringt es auf dem Punkt: Am Ende des Grundschulalters ist die Selektion gelaufen! Kinder aus den unteren sozialen Schichten und Kinder mit einem bestimmten Migrationshintergrund kommen später in die vorschulischen Einrichtungen, werden beim Schuleintritt deutlich stärker zurückgestellt, wiederholen häufig schon einzelne Jahrgangsstufen in der Grundschule. Und dann: Der Notenspiegel liegt bei ihnen deutlich niedriger als bei Mittelschichtenkindern. In Deutsch schaffen es die armen Kinder im Schnitt auf die Note 2,9 – die im sicheren Wohlstand Lebenden auf 2,3, in Mathematik fällt diese Relation mit 3,1 zu 2,3 noch drastischer aus. Selbst beim Religionsunterricht vermerkt die Studie noch einen Unterschied von 0,5 Notenpunkten. Nur in Sport liegen die Vergleichsgruppen fast gleich auf.

Diese Noten sind aber nun nicht das Ergebnis von objektivierbaren Leistungsvergleichen. Ganz offensichtlich spielt dabei der soziale Status der Eltern eine gewichtige Rolle, wie denn die Übergangsempfehlungen der Lehrer für die Schülerinnen und Schüler in die weiterführenden Schulen zeigt. Kinder aus unteren sozialen Schichten und mit Migrationshintergrund landen in der Hauptschule bzw. in der dazu allmählich verkommenden integrierten Gesamtschule. Und so schließt sich denn der Zirkel: Der Anteil der Kinder aus den unteren sozialen Schichten unter den Studierenden liegt heute niedriger als in den 1960er Jahren, bevor die Politik daran ging, die nationalen Bildungsreserven für weiterführende Ausbildungsgänge zu mobilisieren. Im weltweiten Vergleich sind unsere Abiturienten- und Studierendenquoten recht niedrig: Wir selektieren lieber als das wir fördern – nur diese Förderung muss – wie die PISA-Sieger Skandinavien zeigen – eben bei den Kleinen ansetzen. So bleiben viele Jungen und Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke, erst recht also die Gruppe, die sowohl männlich als auch Migranten sind, nämlich männliche Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Hier wird nichts biologisch vererbt, hier wird etwas politisch getan bzw. nicht getan. Der Gipfelpunkt ist dann, der Gruppe männlicher gewalttätiger Migranten mit der Generalprävention, ausgehend von der Androhung langjähriger Strafe als letztem erzieherischem Mittel, zu drohen.

Welche Kinder und Jugendliche meint die Politik?

In den letzten Monaten hat sich bei mir mehr und mehr die Frage zugespitzt, angestoßen etwa durch den Kriminologen Christian Pfeiffer und aufgenommen in der AWO/ISS-Studie: Über welche Kinder und Jugendlichen reden wir überhaupt? Sind wirklich „die“ Kinder bzw. Jugendliche diejenigen, um die man sich Sorge machen muss? Kinder als Humanressource unserer Gesellschaft – wirklich? Ingrid Langer-El Sayed zeigte als Ziel konservativer Familienpolitik in den 1950er Jahre u.a. die Förderung der „kulturtragenden Mittelstandsschichten“ auf, womit der erste Familienminister Wuermeling die Einführung der höhere Einkommen begünstigenden Steuerfreibeträge rechtfertigte. Familienpolitik zielte also bewusst auf eine Verstärkung schon vorhandener sozialer Ungleichheit, auf eine stärkere Förderung der Mittel- einschließlich der bildungsbürgerlichen Schichten. Als vor einigen Jahren die Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ihr 25-jähriges

Jubiläum begingen, beantwortete auf einer der vielen Feierlichkeiten der damalige Chef des Opel-Werkes in Bochum die Frage, was die Wirtschaft von den Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen erwartet, kurz und knapp: Mobilität - inhaltlich und räumlich. Es werden also offensichtlich nur noch solche Kinder und Jugendliche gebraucht, die diesem Flexibilitätserfordernis genügen, und auch dies lebensbiographisch nur so lange, wie sie diesem Erfordernis entsprechen. Und hier fängt – so AWO/ISS, PISA – die Auslese sehr frühzeitig und lebensbiographisch betrachtet immer härter an. Auch bei den – unter demographischen Gesichtspunkten durchaus erwünschten – Migrantinnen und Migranten geht es nicht besser. Nicht wenige Maßnahmen der aktuellen Kinder- und Jugendlichenpolitik, vor allem der Schulpolitik forcieren diesen Selektionsvorgang in mitunter nur noch als zynisch zu bezeichnender Weise und setzen an die Stelle der konservativen Verklärung der Mittelschichtenkultur der 1950er Jahre das Idealbild des instrumentell-leistungsstarken und von privaten Verantwortlichkeiten unabhängigen Individuums, das sich immer weiter flexibilisieren lässt – lebenslang. Wer diesem Idealbild nicht zu entsprechen scheint, nicht oder nicht mehr entspricht, wer die notwendige, in immer kürzeren Phasen erforderliche Anpassungsleistung nicht oder nicht mehr erbringen kann, wird sozial ausgegrenzt und sozialpolitisch sanktioniert.

Wir benötigen gründliche Studien zum Zusammenhang von Europäisierung, Globalisierung und sozialer Ausgrenzung gerade auch bei Kindern und Jugendlichen, und damit eine Bearbeitung der umfassenden Kontextualität von Kinderarmut und allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Mit der engen Verzahnung der Volkswirtschaften im Rahmen von WTO bzw. innerhalb der Triade aus Westeuropa, Nordamerika und Südostasien verfestigt sich auch ein Sozialraum, in dem auf lokaler Ebene in Erscheinung tretende soziale Problemlagen letztlich global induziert sind und umgekehrt. Diese, charakterisiert durch Schlagworte wie Deregulierung, Flexibilisierung und Umbau der Sozial- zu Wettbewerbsstaaten, gehen über individuelle Brüche in Lebensbiographien weit hinaus: Denn die wirtschaftlichen, sozialen und sozio-kulturellen Umbrüche in unserer Gesellschaft schlagen sich zwar einerseits in unterschiedlichen Formen von Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen nieder, sie eröffnen z.T. mehr Chancen und Perspektiven gerade für Kinder und Jugendliche, der Einzelne ist aus traditionellen Zusammenhängen gelöst. Ihre Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten vergrößern sich. Gleichzeitig aber lassen diese Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft die Risiken unserer Gesellschaft sehr viel direkter auch auf Kinder und Jugendliche durchschlagen.

Perspektiven einer Politik für Kinder

Zunächst einmal ein internationales Schlaglicht: Deutschland gibt pro Jahr pro Kind 2.984 Euro im Rahmen der Familienpolitik auf. In Dänemark sind es 6.476 Euro- also mehr als das Doppelte, in Frankreich sind es mit 3.572 Euro immer noch fast 600 Euro mehr als in Deutschland. Das Entscheidende ist nun aber: In Dänemark werden nur ca. 40 Prozent für Geldleistungen, dafür aber 60 Prozent für Sach- und Dienstleistungen aufgewendet – in Deutschland ist dieses genau umgekehrt. Der konservative Sozialstaat Deutschland bleibt sich auch und gerade bei der Familienpolitik treu: Es geht um Lebensstandardsicherung, nicht aber um Sicherung von Mobilität und Chancengleichheit.

Daran schließen die Neureglungen zum Elterngeld an. Dieses aus Skandinavien importierte Konstrukt ist dort eingebettet in eine breite Versorgung mit Dienstleistungen für Kinder von 0 – 10 Jahren, die auch und gerade sozial Schwächere fördern. In Deutschland wird dieses als Lohnersatzleistungen eingeführt – zu Recht – aber ohne gerade diese Dienstleistungsangebote für sozial Schwächere.

Als die derzeitige Bundesfamilienministerin von der Leyen daran ging, das Kindertagesangebot für unter Dreijährige auszuweiten, tobten zunächst die Großväter der CSU, die nie in ihrem Leben einen Kinderpopo abgeputzt, gebadet und gepudert haben, dass dadurch die natürliche Nestwärme der Familie zerstört würde. Längst aber hören selbst in konservativen politischen Kreisen die Töchter und Schwiegertöchter nicht mehr auf diese Opas und Väter und setzten den Ausbau von Einrichtungen für Unter - Dreijährige durch – mussten aber von ihren Opas hinnehmen, dass alle Mütter, die ihre Kinder zu Hause erziehen wollen, dafür 300 Euro bekommen. Dabei hat erst kürzlich eine Studie gezeigt, dass Kinder, die frühzeitig in eine Kinderkrippe gekommen sind, bessere Chancen im schulischen Bereich haben – warum? Weil dieses einmal Kinder aus den bildungsmäßig höher gestellten und häufig aus alternativ ausgerichteten Milieus kommen, folglich schon eine günstigere Ausgangsbasis haben, zum anderen weil eben, wie der 12. Kinder- und Jugendbericht überzeugend zeigt, Kinderkrippen sehr wohl sehr förderlich für die frühkindliche Entwicklung sind, vorausgesetzt sie sind von guter Qualität. Und da schließt sich der Zirkel: Dass es für Hartz IV – Empfänger bzw. diejenigen, die im Jahr 2013 in einer vergleichbaren Position leben, im Zweifelsfall attraktiver ist, monatlich 300 Euro zusätzlich zu haben, kann man ihnen nicht vorwerfen. Eher wird es problematisch, dass gerade junge Frauen aus den unteren sozialen Schichten wieder zu sehr traditionellen Mann-Frauen-Schemata übergehen und in der ausschließlichen Mutterrolle eine Alternative zu schlechten Chancen auf dem Ausbildungs- und dem Arbeitsmarkt sehen.

Inzwischen ist auf der Bundesebene zwar angekommen, dass die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern verbessert werden müssen. Die Politik konzentriert sich aber vor allem auf eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um so Erwerbsbeteiligung und Erwerbseinkommen sicherzustellen (Elterngeld, Kinderbetreuung unter 3 Jahren, Ganztageseinrichtungen bis zum 10. Lebensjahr). Dem dienen letztlich auch Überlegungen, mittels Kindergeldzuschlägen die Zahl der Kinder abzusenken, die Sozialgeld nur deshalb beziehen, weil das Erwerbseinkommen der Eltern zu niedrig ist. Erwerbsarbeit soll gefördert, der Bezug von Sozialgeld so abgewendet werden. Kinderbetreuung soll bevorzugt Eltern/Elternteilen zukommen, die erwerbstätig sind bzw. dann eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Familienpolitik bedeutet also Förderung vor allem von Erwerbsfähigkeit bzw. -tätigkeit.

Die außerhalb des direkten Bezugs zum Erwerbsarbeitsleben liegenden sozialen Problemlagen dagegen bleiben nach wie vor fast durchgängig außerhalb der Problemwahrnehmungsebene, wie eingangs aufgezeigt. Wo finden wir ein hinreichendes Nachdenken darüber, wie etwa Defizite im Verlauf der Sozialisationsprozesse von einem Teil der Familien in integrierte Strategien bzw. Konzepte überführt werden können? Es gibt Teil-Antworten, aber keine wirkliche Verbindung vorschulischer, nebenfamiliärer, und schulischer Institutionen sowie des Gesundheitswesens. Auch wird das Elternrecht häufig vor das

Kindeswohl gestellt, auch wenn die Zahl der Inobhutnahmen deutlich steigt. Aber was sind die Alternativen dazu? 2005 gab es in Deutschland etwa 130.000 Kinder und Jugendliche, die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses erhielten. Knapp die Hälfte von ihnen lebte in einem Heim.

Und es fehlt nicht nur generell an Geld, sondern vor allem an Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Erst in letzter Zeit ist die Bedeutung von Ganztageseinrichtungen gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten zum politischen Thema geworden. Schulreformen in den letzten Jahrzehnten waren hier zu zaghaft. Viele derjenigen, die in der Vergangenheit Hilfen gebraucht hätten, gehören nun zum „Prekariat“. Nachträglich kann man das kaum kompensieren. Immerhin hat man in den 1970er Jahren noch von *kompensatorischer Erziehung* gesprochen und aus diesem Grunde Gesamtschulen eingerichtet. Aber dieser Reformansatz ist in vielen Fällen schlicht mangels angemessener finanzieller und personeller Ausstattung gescheitert, selbst wenn engagierte Pädagogen und Eltern dem Gesamttrend entgegensteuern wollten und haben.

Arme Kinder benötigen mehr und nicht weniger Geld als die Erwachsenen, vor allem aber benötigen sie soziale Unterstützung in der Familie und außerhalb der Familie. Und dieses kostet nun mal Geld. Internationale Vergleichszahlen etwa von UNICEF belegen, dass unser System des Familienlastenausgleichs keineswegs besonders wirksam ist. Während es beispielsweise den skandinavischen Ländern gelingt, ihre zwischen 18 – 12 Prozent liegenden Armutsraten bei Kindern durch Steuern und Transfers auf 2 – 4 Prozent zu senken, schafft es Deutschland nur, die ebenfalls bei 18 Prozent liegende ursprüngliche Armutsrate auf lediglich 10 Prozent zu verringern! Es liegt in Deutschland – im Vergleich etwa zu Schweden und Finnland – also nicht nur an der primären, sondern auch an der sekundären Verteilung, wenn Kinderarmut derartig verbreitet ist.

Überwinden der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Kindern

Die familiensoziologischen Befunde sind eindeutig: der traditionelle Familienbegriff hat sich in vielfältiger Weise verändert, teils aufgelöst, teils neue Bedeutungen für die Wirklichkeit angenommen. Diese auch in offiziellen Dokumenten wie etwa dem letzten Familienbericht ausführlich von regierungsunabhängigen Expertinnen und Experten anerkannten Verschiebungen bewirken, dass innerfamiliäre Dienstleistungen teils zurückgehen, teils andere Formen annehmen, dass insbesondere familienergänzende Leistungen an Gewicht gewinnen. Dabei ist das Ziel dieses vermehrten Bedarfs durchaus sehr heterogen. Die Spanne reicht von familienergänzenden Früh-Betreuungseinrichtungen für qualifiziert ausgebildete und beschäftigte Erwachsene – im Regelfall Frauen – bis hin zu basalen Betreuungsangeboten für offensichtlich mit der Pflege und Erziehung von (Klein-) Kindern überforderten Eltern (-teilen). Auch die Altersstufen, die Hilfe benötigen, umfassen das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendphase, teilweise bis hin zu jungen Erwachsenen.

Aus zahlreichen wissenschaftlichen Studien wissen wir, dass Interventionen in den kindlichen Sozialisationsprozess umso erfolgversprechender sind, je lebensgeschichtlich früher sie erfolgen. Dabei beginnen krisenhafte Lebenszusammenhänge oftmals bereits im pränatalen Zustand. Einzelne Initiativen setzen deshalb bei Hochrisiko-Müttern bereits vor der Geburt an und begleiten die jungen Mütter in den ersten Monaten nach der Geburt. In

einzelnen Kommunen begrüßt ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin des örtlichen Jugendamtes den/die Neugeborenen/e zu Hause und weist die Mütter/Eltern auf Hilfeangebote der Kommune hin. Dieses sind dezentrale Ansätze.

Ein sehr gutes Frühwarnsystem stellen die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern dar. Doch deren Inanspruchnahme ist – wie oben schon gesagt – eben schichtenspezifisch und ethnisch stark ausdifferenziert. Überspitzt gesagt werden hier gerade die Kinder noch einmal besonders gefördert, die es an sich schon in ihrem sozialen Umfeld recht gut haben. Viele professionelle Hilfsangebote, eigentlich konzipiert als Frühförderung sozial Benachteiligter, werden so zu Hilfsangeboten gerade der sozialen Mittelschichten. Die Schuleingangsuntersuchung ist Pflicht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müssen alle Kinder untersucht werden. Doch zeigen sich hier mitunter gerade dort Lücken, wo dringend genaue Wahrnehmungen seitens des Öffentlichen Gesundheitswesens notwendig wären.

Es fehlt also an einem familienpolitischen Konzept, das den soziologisch differenzierten Bedarfsstrukturen stärker als bisher gerecht wird. Bezogen auf eine fortschreitende Urbanisierung der Lebenswelt bedarf es differenzierter Angebote für unterschiedliche Lebenslagen, so dass deren Inanspruchnahme auch seitens der Eltern/Kinder erfolgt, für die sie wirklich gedacht sind und benötigt werden. Dabei bildet sich inzwischen privatwirtschaftlich eine Infrastruktur für diejenigen heraus, die es finanzieren und organisieren können (Kinderbetreuung, Freizeiten, Hausaufgabenhilfe etc.). Je stärker allerdings Bildungsdefizite bei den Eltern bestehen bzw. sich soziale Problemlagen häufen, umso weniger sind diese in der Lage, notwendige Vernetzungen ihrer Lebenswelt selber zu organisieren, auch hier wieder verstärkt durch Differenzierungen nach Geschlecht und Ethnizität. Diese Konstellation führt dann dazu, dass Jugendämter häufig nur die Spitze des Eisberges wahrnehmen bzw. dort intervenieren können. Aus dem Blick aber gerät die alltägliche Unterschreitung der Möglichkeiten, die Sozialisation gerade im frühkindlichen Bereich darstellt.

Es bleibt die Frage der materiellen Absicherung des Erziehungsprozesses in Familien. Dazu gehören Existenz sichernde Markteinkommen, ein steuerlich geschütztes Existenzminimum, die Sicherstellung eines im Verhältnis zum Aufwand angemessenen Familienlastenausgleichs und das Vorhalten eines bedarfsgerechten Mindestsicherungssystems. Dabei kann sich Mindestsicherung nicht auf Geldleistungen beschränken, sie muss vielmehr existenzminimale Elemente wie ein gemeinsames Mittagessen bei Ganztageseinrichtungen, Arbeitsmaterialien und im frühkindlichen Bereich auch von Spielsachen in einem gewissen Umfang einschließen.

Wenn ein derartiges Konzept der Familienpolitik erstellt und umgesetzt werden soll, bedarf es nach wie vor der dezentralen Aktivitäten und Verantwortlichkeiten, es bedarf aber auch eines gesamtgesellschaftlichen Gestaltungswillens. Die Verfassungsreform hat den Bereich der Jugendhilfe ganz auf die Länder übertragen, damit werden bundeseinheitliche Ansätze deutlich schwieriger. Indem hier die Dezentralisation verstärkt wird, bleibt die gesamtgesellschaftliche Verteilungsproblematik bestehen, das heißt sie bleibt intransparent. Die Leistungen der einzelnen Ebenen des Sozialstaates werden nicht zusammen betrachtet, insbesondere die Folgewirkungen von Veränderungen im Leistungsrecht für die anderen beteiligten Ebenen geraten aus dem Blickfeld (Ausgestaltung der Mindestsicherung für

Langfristarbeitslose und deren Bedarfsgemeinschaften - Erfordernisse auf kommunaler Ebene). So kann die notwendige Diskussion um Neuordnungen der Familienpolitik, der durch sie erfolgenden Förderung über Geldleistungen, Steuerersparnisse und soziale Dienste, kaum geführt werden, weil die Adressaten zwischen Bund, Länder und Gemeinden hin und her wechseln. Jahr für Jahr gehen nach wie vor ca. 20 Mrd. Euro in das Ehegattensplitting. In Schweden dagegen wird jeder Einkommensbezieher nach gleichen Grundsätzen besteuert.

Die Ausgaben für die Bereiche Kinder, Jugend und Familie sind an die veränderten Bedarfe anzupassen, während der soziale Tatbestand Ehe steuerrechtlich auf die Freistellung des Existenzminimums zu reduzieren ist. Soll die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Kindern (Franz Xaver Kaufmann) überwunden werden, so ist dieses nur möglich, wenn auch die Verteilungsfrage wieder ins Blickfeld aller daran Beteiligten gerät. Während in den letzten Jahren, vor allem Monaten die volkswirtschaftlich relevante Sicherstellung der Beteiligung am Erwerbsleben qualifiziert ausgebildeter Frauen (und nun auch Männer) Thema ist und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird, bleibt der Teil der Jugend- und Familienhilfe, der nicht direkt auf den Erwerbsarbeitsmarkt gerichtet ist, nach wie vor defizitär. Damit wiederholt sich in der Familienhilfe was insgesamt in der Sozialpolitik gilt: Sie reduziert gesellschaftliche Inklusion nach wie vor vor allem auf das Erwerbsleben und vernachlässigt die Chancen derjenigen, die unter den gegebenen Bedingungen die Voraussetzungen für eine Eingliederung dafür nicht erworben haben bzw. mitbringen. Dass die Kosten im Falle nicht gelingender sozialer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen letztlich steigen, hat bislang die Familienpolitik nicht veranlasst, insgesamt konzeptionell und finanziell früher anzusetzen und dann vielleicht auch erfolgreicher zu sein zu können.

Literaturhinweis:

Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, VS-Verlag, Wiesbaden 2008, 623 Seiten